

Rehabilitation, Arbeitsmarkt- und Behindertenpolitik

SoVD macht politischen Einfluss geltend

In den vergangenen Wochen nutzte SoVD-Präsident Adolf Bauer zahlreiche Gelegenheiten, um Vertretern aus der Politik die Positionen des Verbandes zu verdeutlichen. So kam es unter anderem zu Treffen mit den Parlamentarischen Staatssekretären im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Dr. Ralf Brauksiepe und Andreas Storm, sowie zu einem Gespräch mit

dem Bundesbehindertenbeauftragten Hubert Hüppe. Darüber hinaus nutzte Bauer auch weitere Gelegenheiten – etwa ein Parlamentarisches Frühstück des Deutschen Reha-Tages oder einen Workshop im Rahmen der RehaFutur –, um auf den hohen Stellenwert beruflicher Rehabilitation aus Sicht des SoVD hinzuweisen.

Bundesbehindertenbeauftragter Hubert Hüppe beim SoVD

Am 9. Februar empfing SoVD-Präsident Adolf Bauer den neuen Beauftragten der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen, Hubert Hüppe, in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD zu einem behindertenpolitischen Gespräch. Einen Schwerpunkt der Unterredung stellte die Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplanes zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention dar. Darüber hinaus wurden auch wichtige Fragen der schulischen Inklusion behinderter Kinder und der verstärkten beruflichen Teilhabe behinderter

Menschen angesprochen. Auch aktuelle Problemfelder in der Gesundheitspolitik wurden mit Blick auf die Betroffenheit behinderter Menschen erörtert.

Parlamentarisches Frühstück des Deutschen Reha-Tages

Am 10. Februar führte der Deutsche Reha-Tag in Berlin ein Parlamentarisches Frühstück durch. Als einer der Initiatoren des Reha-Tages war neben zahlreichen Vertretern aus dem Deutschen Bundestag und den Bundesministerien auch der SoVD präsent. Auf der Veranstaltung kamen Vertreter aus der Politik, vonseiten der Leistungsträger

und -erbringer sowie aus Betroffenenverbänden über den Stand und die Weiterentwicklung der Rehabilitation miteinander ins Gespräch.

In seiner Eröffnungsrede unterstrich SoVD-Präsident Bauer die wichtige Funktion der Rehabilitation für Selbstbestimmung und Teilhabe der Betroffenen. Dabei stellte er die Debatte um berufliche Rehabilitation in den



Fotos (3): Schlemmer

Adolf Bauer (li.) traf Hubert Hüppe, der seit Dezember letzten Jahres Beauftragter der Bundesregierung für die Belange behinderter Menschen ist.

Kontext der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise und betonte, behinderte und chronisch kranke Menschen dürften nicht Verlierer dieser Krise werden.

Gespräche zur Renten- und Behindertenpolitik

Zu verschiedenen Terminen trat der SoVD mit politisch Verantwortlichen in eine inhaltliche Diskussion ein. So waren unabhängig voneinander aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) der beamtete Staatssekretär Andreas Storm und der Parlamentarische Staatssekretär Dr. Ralf Brauksiepe zu Gast in der Bundesgeschäftsstelle des SoVD. An den beiden Treffen

nahm neben dem Verbandspräsidenten Adolf Bauer auch der Vorsitzende des Sozialpolitischen Ausschusses des SoVD-Bundesvorstandes, Klaus Michaelis, teil. Gemeinsam wurden wichtige Fragen der Renten- und Behindertenpolitik erörtert.

RehaFutur:

Workshop in Potsdam

Hinter der Bezeichnung RehaFutur verbirgt sich eine Gruppe von Wissenschaftlern, die im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vergangenes Jahr Vorschläge zur Fortentwicklung der beruflichen Rehabilitation erarbeitet

hat. Bei einem Auftakt-Workshop im Berufsbildungswerk Potsdam wurden Ende Januar die Ergebnisse des Abschlussberichts diskutiert. Hierbei präsentierte SoVD-Präsident Adolf Bauer eine erste Einschätzung dieses Berichts aus Sicht der Leistungsberechtigten. Bau-

er begrüßte vor allem, dass die Motivation und Wünsche von chronisch kranken und behinderten Menschen künftig stärker in den Mittelpunkt der Rehabilitationsverfahren gestellt werden sollen: „Wir halten es für wichtig, dass insbesondere die Ziele der Rehabilitation und die Leistungen im Dialog mit den Leistungsberechtigten erarbeitet und fortgeschrieben werden.“ Positiv zu vermerken sei ferner, dass eine unabhängige Berufsbildungs- und Lebensberatung als zentrales Instrument im Rehabilitationsprozess gesehen werde. Der SoVD werde den Prozess der Umsetzung des wissenschaftlichen Gutachtens in die Praxis engagiert und unterstützend begleiten.



V. li.: Adolf Bauer, Dr. Ralf Brauksiepe (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Klaus Michaelis.



Von li.: Klaus Michaelis (Sozialpolitischer Ausschuss SoVD-Bundesvorstand), Andreas Storm (Bundesministerium für Arbeit und Soziales) und Adolf Bauer (SoVD-Präsident).



Frauen im SoVD - das Thema

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

Noch immer verdienen Frauen weniger als Männer. Und zwar ganze 23 Prozent! Das zeigt eine gemeinsame Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und der Universität Konstanz.

Mit dieser „Lohnlücke“ liegt Deutschland im Vergleich zu den europäischen Nachbarstaaten auf dem traurigen siebtletzten Platz.

Was sind die Ursachen dieser ungerechten Verteilung von Geldern? Ein Grund hierfür ist sicherlich, dass es sehr schwierig ist, Beruf und Familie unter einen Hut zu bringen. So sind es hauptsächlich die Frauen, die Teilzeit arbeiten oder lange berufliche Ausfallzeiten wegen Kindererziehung vorzuweisen haben. So sind zwar 85 Prozent der Väter von kleinen Kindern unter drei Jahren erwerbstätig, bei den Müttern sind es lediglich 30 Prozent.

Ein weiterer Grund ist die Bezahlung von sogenannten Frauenberufen im Unterschied zu der von sogenannten Männerberufen. Eine Erzieherin wird schlechter bezahlt als ein Fliesenleger, eine Altenpflegerin schlechter als ein Automecha-



Edda Schliepack
Bundesfrauensprecherin

niker. Aber sogar innerhalb der einzelnen Berufe verdienen Frauen laut IAB noch rund ein Fünftel weniger als Männer. Das ist ein Skandal!

Politik, Arbeitgeber und Gewerkschaften sind bei Lohnverhandlungen gefragt, hier schnellstens Abhilfe zu schaffen und die Ursachen der Lohnlücke zu bekämpfen.

Zum einen muss die Zeit, die Eltern für die Betreuung ihrer Kinder aufwenden zwischen Müttern und Vätern gleich verteilt werden. Dazu könnten weitere Partnermonate (Vätermonate) beim Elterngeld dienen. Auch eine gute Infrastruktur mit Kinderbetreuungsmöglichkeiten wie Kitas, Hort, Tagesmüttern etc. ist dringend notwendig.

Die Arbeitgeber müssen ihre Lohnstrukturen überprüfen und Frauen gerechte Löhne zahlen. Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns wäre ein erster Schritt, um Frauen im Niedriglohnssektor besser zu bezahlen. Mittels eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft könnte Frauen ein Anspruch auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit gegeben werden.

Am 26. März 2010 findet der Equal Pay Day (mit der Forderung nach gleichem Lohn für gleiche Arbeit) statt. Dieses Datum ist nicht zufällig gewählt: Der 26. März markiert den Zeitpunkt, bis zu welchem Frauen in Deutschland über den Jahreswechsel hinaus arbeiten müssen, um auf das durchschnittliche Vorjahresgehalt von Männern zu kommen. Am 26. März demonstrieren an vielen Orten in Deutschland auch die SoVD-Frauen und machen auf die Ungerechtigkeit bei der Entlohnung aufmerksam. Beteiligen auch Sie sich!

SoVD-Mitglieder antworteten auf Frage des Monats

Online-Abstimmung über Arbeitspflicht bei Hartz IV

Im Rahmen unserer Frage des Monats hatten wir im Februar gefragt, was die Leser der SoVD-Zeitung von dem Vorschlag des Hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch halten, eine Arbeitspflicht für Hartz-IV-Empfänger einzuführen. Zu diesem Thema hat sich unter anderem Monika S. aus Stadthagen an uns gewandt und dabei ihre eigenen Erfahrungen geschildert: „Auch ich war zwei Jahre Arbeitslosengeld-II-Empfängerin und bin mittlerweile 54 Jahre alt. Ich würde sehr gerne in Vollzeit tätig sein.“ Statt einem Zwang würde sie sich daher eher eine Arbeit zu annehmbaren Konditionen wünschen.

Gerhard S. aus Tarmstedt brachte seine Kritik auf den Punkt: „Will der Koch wieder einen Arbeitsdienst einführen?“ Dagegen weist SoVD-Mitglied Bernd W. aus Barnstorf darauf hin, dass bei einer verpflichtenden Arbeit zunächst auch ausreichend Arbeitsplätze vorhanden sein müssen. Diese sollten dann jedoch im Rahmen einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung schnellstens besetzt werden. In eine ähnliche Richtung geht der Hinweis von Andreas B. aus Schwallungen, wonach laut Grundgesetz niemand zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden dürfe. Ihm sei es daher absolut unverständlich, dass dieser Vorschlag überhaupt ernsthaft diskutiert werde. Im Rahmen dieser Diskussion fühlt sich SoVD-Mitglied Wolfgang P. aus Hohenwestedt an die fünfziger Jahre erinnert. Damals hätten etwa die Maurer im Winter nur dann Arbeitslosengeld erhalten, wenn sie auch am Schneeräumdienst teilgenommen hätten. Wer sich jedoch einer Tätigkeit prinzipiell verweigere, sollte seiner Meinung nach durchaus nachgehakt werden, sich aktiv um Beschäftigung zu kümmern.

Die aktuelle Frage des Monats März finden Sie auf Seite 9.



Foto: Ramona Heim/fotolia

Im Internet kann sich unter www.sovd.de jeder an der Abstimmung zur Frage des Monats beteiligen.

Equal Pay Day am 26. März

Am 26. März von 10 bis 15 Uhr sind SoVD und ver.di zum Equal Pay Day gemeinsam mit einem Stand auf dem Potsdamer Platz in Berlin vertreten. Um 12 Uhr soll eine Menschenkette zum Brandenburger Tor gebildet werden. Kommen auch Sie vorbei und setzen Sie ein Zeichen!